

'Flood Action Plan' zwischen zwei europäischen Konferenzen

von Michael Rütten

Vom 5. Bis 7. Dezember wird in Brüssel die zweite Konferenz zum 'Flood Action Plan' (FAP) in Bangladesh stattfinden. Eine erste hatte 1993 versucht, die Debatte um das Megaprojekt stärker in die europäische Öffentlichkeit zu tragen. Der Autor beschreibt im folgenden Beitrag, was zwischen den beiden Konferenzen passiert ist.

Die bevorstehende zweite europäische Konferenz zum 'Flood Action Plan' (FAP) in Bangladesh gibt Anlaß, in einem kurzen Rückblick die Entwicklung des FAP seit der ersten Konferenz, die 1993 in Straßburg stattfand, nachzuzeichnen. Der ursprüngliche, vor mehr als sechs Jahren von der Weltbank formulierte FAP zielte im Kern auf eine umfassende Wasserbewirtschaftung, die durch Eindeichung der größten Flüsse Bangladeshs und Einpolderung von Schwemmlandebenen erreicht werden sollte. Angesichts der zu erwartenden verheerenden Auswirkungen dieses Plans auf Menschen und Umwelt konzentrierte sich die Diskussion um den FAP auf die ökologischen und sozialen Auswirkungen von Deichbauten und anderen strukturellen Eingriffen in den Wasser-

haushalt. Die massive Kritik am FAP hat, wenn auch mit einiger Verzögerung, dazu geführt, daß viele Einwände durch die an der Durchführung des FAP beteiligten Organisationen und Regierungsstellen anerkannt und in neuere Projektdokumente eingearbeitet wurden. Die Geber haben außerdem das geplante Investitionsvolumen erheblich reduziert. Dennoch haben die internationalen Geber, darunter die G-7 Staaten und die Weltbank, auf ihrer 4. Konferenz im Dezember 1995 in Dhaka ihre Unterstützung für die zweite FAP-Phase (1995-2000) zugesagt. Der von KritikerInnen auf der Straßburger Konferenz erhobenen Forderung nach einem vorläufigen Baustopp für alle FAP-Komponenten wurde nicht nachgekommen. Viele Beobachter bewerteten den Rückzug des UNDP (United Nations Development Program) aus der weiteren Finanzierung des FAP als das wichtigste Resultat dieser Konferenz.

Die drei folgenreichsten und zugleich umstrittensten Komponenten des FAP sind das Flußregulierungsprojekt (FAP 21/22) am Brahmaputra, das Polder-Pilotprojekt in Tangail (FAP 20) und das Jamalpur Priority Project (FAP 3.1). Diese drei Projekte sind die teuersten Komponenten und befinden sich zum Teil seit mehreren Jahren in der Umsetzungsphase. Alle hatten in dieser Zeit mit erheblichem Widerstand und technischen Problemen zu kämpfen.

Die von Frankreich und Deutschland gemeinsam finanzierten Komponenten 21 und 22 stehen nicht nur im Verdacht, die Erosion am gegenüberliegenden Flußufer und auf den bewohnten Flußinseln verschärft zu haben und damit die Lebensgrundlage der Bewohner zu bedrohen. Die von ausländischen Ingenieuren zur Uferbefestigung errichteten Buhnen und Deckwerke wurden außerdem in diesem und dem letztjährigen Monsun schwer beschädigt. Obwohl dies die technische Machbarkeit des Projektes prinzipiell in Frage stellt, ist die Pilotphase bis 1999 verlängert worden.

Das deutsch-niederländische Polderprojekt FAP 20 ist von Beginn an aufgrund seiner negativen sozialen und ökologischen Folgen scharf kritisiert worden. Ziel dieses Pilotvorhabens ist es, innerhalb eines Ringdeiches mittels kontrollierter Flutung und dem Einsatz von Hohertragssorten, Dünger und Pestiziden die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Verschiedene in das Testgebiet entsandte Expertengruppen kritisierten vor allem die mangelhafte Beteiligung der lokalen Bevölkerung, obwohl diese eigentlich ein Hauptaspekt des Projektes sein soll. Ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen, vor allem Frauen und Landlose, sind bei der Planung und Umsetzung des Projektes nicht beteiligt. Darüber hinaus ist es in der ersten Testphase zu Ernteaussfällen und einem Rückgang des Fischbestandes



Leben mit und auf dem Wasser - für die Bangladeshis ist Wasser mehr Segen als Fluch (Foto: Walter Keller)

gekommen.

Die Umsetzung des Prioritätenprojektes in Jamalpur ist als Reaktion auf die Konferenz in Straßburg vorläufig gestoppt worden. Statt dessen wird eine ganze Serie von Studien durchgeführt, deren Ergebnisse Aufschluß über den weiteren Verlauf des Projekts und somit den möglichen Bau eines Ringdeichs geben sollen.

Obwohl die Geber und die durchführenden Regierungsstellen in Bangladesh auf Kritik reagiert haben, bleibt der

FAP, auch unter seinem neuen Namen 'Bangladesh Water and Flood Management Strategy', im Kern ein Investitionsprogramm das auf strukturelle Lösungen setzt, anstatt in einem breiten gesellschaftlichen Dialog eine umfassende Strategie zur Wassernutzung zu entwickeln.

Der FAP hat von Anfang an zwei Ziele verfolgt: Erstens, den Schutz von Menschen und Infrastruktur vor Überschwemmungen durch Deichbauten und zweitens, die Steigerung der landwirt-

schaftlichen Produktion durch die Förderung des Anbaus von Hohertragssorten in flutgeschützten Gebieten (z.B. FAP 20). Der zweite Aspekt soll intensiv auf der Konferenz: "Ernährungssicherheit, FAP und Bangladesh" vom 5. bis 7. Dezember in Brüssel diskutiert werden. Darüber hinaus planen die an der Konferenz teilnehmenden regierungsunabhängigen Organisationen das Thema Ernährungssicherheit stärker als bisher in die von ihnen getragene internationale Kampagne gegen den FAP zu integrieren.

Kommentar: Bangladesh zwischen Hoffen und Bangen

Nach einem Jahr, das von Straßenschlachten und wilden Streiks geprägt war, durchlebt Bangladesh zur Zeit eine vergleichsweise ruhige Periode. Doch sind erste Anzeichen neuer Unzufriedenheit unübersehbar. Die Wahlen im vergangenen Juni, die Sheikh Hasina zur neuen Premierministerin gemacht haben, sind international auf ein durchaus positives Echo gestoßen. Trotzdem existiert eine gewisse Skepsis. Nach Jahren wirtschaftlicher Ausbeutung als Teil Pakistans und blutigen Anfängen als unabhängige Nation, war Bangladeshs Situation immer schwierig. Aktuell gehen ausländische Hilfeleistungen zurück, die Zahlungsbilanz verschlechtert sich zusehends und die Weltbank hat einen Kredit von 50 Millionen US-Dollar zurückgezogen. Ein großer Teil der jährlich zwei Milliarden Dollar Hilfeleistungen wartet noch auf Auszahlung, da bürokratische Hindernisse, Korruption und ein zu langsamer Implementierungsprozeß die Verteilung der Gelder blockieren. Positiv aufgenommen wurde von der internationalen Gebergemeinschaft, daß die Wahlen, die nach über 21 Jahren wieder die 'Awami League' an die Macht brachten, fair und frei gewesen sind, nachdem frühere Wahlen doch immer wieder von massiven Wahlbetrügereien geprägt waren.

Diese Sicht wird von der wichtigsten Oppositionspartei, der 'Bangladesh Nationalist Party', unter Khaleda Zia nicht geteilt. "Uns ist der Sieg gestohlen worden," so Zia, die den sofortigen Rücktritt des Wahlleiters (Chief Election Commissioner) forderte. Später boykottierte die Partei eine Reihe von Nachwahlen und beklagte politische Repressionen durch die Regierungspartei. Ihre Abgeordneten weigerten sich, an den Parlamentssitzungen teilzunehmen, solange nicht die etwa 500 inhaftierten Parteimitglieder freigelassen würden.

Der andauernde Boykott des Parlaments führte zu einer parlamentarischen Krise, die Präsident Shahabuddin Ahmad schließlich dazu veranlaßte, zwischen der 'Awami League' und der BNP zu vermitteln. Hasina, der vorgeworfen wird, während ihrer Zeit in der Opposition Straßenunruhen initiiert zu haben, hat inzwischen der Forderung der Opposition nachgegeben und eingewilligt, BNP-Abgeordneten mehr Redezeit im Parlament zugestehen. Sie hat außerdem angedeutet, die inhaftierten Mitglieder der BNP durch eine Generalamnestie freizulassen, sofern die Oppositionspartei im Gegenzug dafür auf jegliche Demonstrationen und Straßenproteste verzichtet.

Doch bisher ist das Eis im Lager der BNP nicht geschmolzen, und Khaleda Zia und ihre politischen Gefährten scheinen entschlossen, es der 'Awami Lea-

gue' mit gleicher Münze zurückzuzahlen, mit der diese, während die BNP die politische Macht inne hatte, ihr das Regieren schwer machte.

Die Anzeichen dafür, daß die politische Situation in absehbarer Zeit wieder eskalieren könnte, hat bisher jedoch kaum Eindruck auf die sich erholende Wirtschaft hinterlassen. Die Börse von Dhaka hat in der letzten Zeit einen Boom im Wertpapierhandel erlebt, der von Imtiaz Hussain, dem Börsenchef Dhakas, als ein Zeichen für das Vertrauen der Wirtschaft in die ökonomischen Liberalisierungsmaßnahmen der neuen Regierung bewertet werden.

Trotz der Streikaktionen betrug die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts im Finanzjahr 1995/96 4,5 Prozent, die Exporte stiegen sogar um acht Prozent. Hält dieser Trend an, kann bis zum Ende des laufenden Finanzjahres mit einer Wachstumsrate von über fünf Prozent gerechnet werden. Um jedoch aus der Armutsfalle zu entkommen, benötigt das Land über mehrere Jahre ein Wirtschaftswachstum von etwa sieben Prozent. Viele Wirtschaftsexperten und ausländische Beobachter sehen durchaus gute Möglichkeiten, dieses Wachstumsziel zu erreichen, wenn eine weitere Liberalisierung der Wirtschaft zu Investitionen und einem Abbau von Verlusten innerhalb des öffentlichen Sektors führen wird. Einige große internationale Ölgesellschaften haben ihr Interesse bekundet, die Erdgaslagerstätten vor der Küste zu erschließen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung wird in einer Verbesserung der Infrastruktur liegen und exportorientiertes Wachstum zu fördern, doch kann dies ohne ausländische Direktinvestitionen nicht erreicht werden. Einige strategisch wichtige Wirtschaftssektoren wie Stromerzeugung und Telekommunikation sind schon für ausländische Investitionen zugänglich, eine unabhängige Juristenkommission soll darüberhinaus Gesetzesnovellierungen ausarbeiten, die Investitionshemmnisse beseitigen.

Doch wird dieser Hoffnungsschimmer getrübt durch den Versuch der neuen Regierung, ein Verfahren gegen diejenigen Militärs einzuleiten, die verdächtigt werden, an der Ermordung des Staatsgründers Mujib und seiner Familienangehörigen vor 21 Jahren beteiligt gewesen zu sein. Die für Mitte Dezember erwartete Eröffnung des Verfahrens gegen vier der Verschwörer könnte das silberne Jubiläum der Loslösung von Pakistan und der damit erfolgten Staatsgründung trüben, neue Wunden aufreißen und die politische Polarisierung des Landes wieder vertiefen.